Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7785**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 35, Bundeszentrale für politische Bildung, wird der Titel 532 02 – Politische Bildungsarbeit – um 3,5 Mio. Euro erhöht sowie der Titel 684 02 – Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – um 1,5 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) orientiert sich mit ihrem Bildungsangebot an den Grundfragen der demokratischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie greift zeitgeschichtliche und aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme auf, vermittelt Hintergrundinformationen und stellt die unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Positionen zur Diskussion.

Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zeigen, dass sich antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen noch weiter verbreitet haben.

„Niemandem kann an einer solchen Entwicklung gelegen sein, stehen doch bekanntermaßen Staat und Gesellschaft in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen: Es gilt, dem Vertrauensverlust zwischen den Verantwortlichen in

Politik und Wirtschaft einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits entgegenzuwirken, das ausgeprägte Desinteresse vieler Teile der Bevölkerung an unserer Demokratie und ihren Institutionen ins Gegenteil zu verkehren und alles zu fördern, was unserer Gesellschaft Halt und Perspektive bietet.

Hierzu ist die politische Bildung unabdingbar. Mit der Erfahrung aus vielen Jahrzehnten kann sie nicht nur über die Aufgaben und Funktionsweisen unserer demokratischen Einrichtungen aufklären, sondern auch zur aktiven Mitgestaltung politischer Prozesse ermuntern. In dieser Situation, in der politische Bildung mehr denn je gebraucht wird, wäre es daher fatal, ihre Institutionen und deren Spielräume zu beschneiden."

Für eine erfolgreiche Fortsetzung der kontinuierlichen politischen Bildungsarbeit und die Gewährleistung der Arbeit der gesellschaftlichen Bildungsträger zur Durchführung von z. B. Lehrgängen, Seminaren und zur Entwicklung von Lehr- und Lernmitteln ist die Beibehaltung der finanziellen Mittel erforderlich.

Bisher war es um die politische Bildung in Deutschland gut bestellt. Gerade der europäische Vergleich macht deutlich, dass es in unserem Land ein weit gespanntes Netz politischer Bildung gibt. Die Pluralität der Institutionen entfaltet dabei eine besondere Attraktivität, die bei unseren europäischen Partnern zu Gründungsaktivitäten mit vergleichbarer Zielrichtung geführt hat. Diese spiegelt sich in der Vielzahl der Institutionen wider. So gibt es gleichberechtigt neben der BpB in fast allen Bundesländern überparteilich arbeitende Landeszentralen für politische Bildung. Komplettiert werden sie durch die parteinahen Stiftungen und die vielen kleineren und größeren freien Träger politischer Bildung.

Bei der staatlichen politischen Bildung, der BpB, dem größten Anbieter politischer Bildung in Deutschland, sind mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf empfindliche Kürzungen der Sachmittel vorgenommen worden. Dies ist bedenklich, leistet doch diese Einrichtung wie auch die vielen anderen engagierten Akteure der politischen Bildung seit vielen Jahrzehnten einen zentralen Beitrag zur Stabilität unserer Demokratie. Die Bundeszentrale verfügt über eine große Multiplikatorenwirkung im öffentlichen Diskurs zur Erziehung zur Demokratie. Mit den Kürzungen besteht die Gefahr, dass sich gegenteilige Effekte einstellen. Es „droht dem gesamten Netzwerk der politischen Bildung eine Zerreißprobe. Zurzeit erhalten aus dem Haushalt der BpB über 400 freie Einrichtungen substanzielle Fördermittel. Gravierende Einschnitte bei den Haushaltsmitteln der BpB würden zwangsläufig auch die Träger treffen, wodurch nicht wenige in existenzielle Not gerieten. Der Sparkurs der Bundesregierung könnte zudem von finanzschwachen Landesregierungen und einnahmeschwachen anderen Förderern zum Anlass genommen werden, ihre Mittel für die politische Bildung ebenfalls auszudünnen."

Wir müssen die politische Bildung und Demokratie stärken und nicht schwächen; das liegt auch im ureigensten Interesse der Politik.

Auch die Mitglieder des Kuratoriums der BpB haben in einer einstimmig beschlossenen Entschließung, aus der Teile hier als Zitate wiedergegeben sind, bereits festgestellt, dass die von der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen schädlich für die Demokratie und die politische Bildung in Deutschland sind, und gefordert, die Kürzungen wieder zurückzunehmen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333